

Konrad-Adenauer-Stiftung  
Außenstelle Washington



## **News aus Washington September 2004**

**Das erste Fernsehduell der Präsidentschaftskandidaten –  
Vorsprung für Bush – Achtungserfolg für Kerry**

*Franz-Josef Reuter / Matthias Sachs*

**Die heiße Phase im Wahlkampf hat begonnen  
– die Kandidaten konkretisieren ihre Positionen**

*Franz-Josef Reuter / Matthias Sachs*

**US-Experten warnen vor Wiederholung  
des Wahldebakels von 2000**

*Franz-Josef Reuter / Christian Schäfer*

**Neue Umfrage: Europäer und Amerikaner weiterhin gespalten  
über transatlantisches Verhältnis**

*Franz-Josef Reuter / Christian Schäfer*

Konrad-Adenauer-Stiftung  
Außenstelle Washington  
2005 Massachusetts Avenue, NW  
Washington, DC 20036  
USA

Tel. 202-986-9460  
Fax. 202-986-9458  
info@kasusa.org  
<http://www.kasusa.org>  
<http://www.kas.de>

---

## Das erste Fernsehduell der Präsidentschaftskandidaten – Vorsprung für Bush – Achtungserfolg für Kerry

---

### Präsident Bush geht mit Vorsprung in erstes Fernsehduell

Nachdem Kerry noch im August in Führung lag, scheint die Wahlkampfstrategie der Republikaner, in dem der Herausforderer vor allem als politisch wankelmütiger „flip-flopper“ im Gegensatz zur starken Führungsfigur George W. Bush dargestellt wurde, Wirkung zu zeigen, wie eine aktuelle landesweite Gallup-Umfrage zeigt: 55 Prozent der wahrscheinlichen, also nicht unbedingt registrierten Wähler würden danach Präsident Bush und seinen Vize Dick Cheney dem demokratischen Kandidaten-Duo John Kerry und John Edwards (42 Prozent) vorziehen.

Democracy Corps, eine explizit Demokraten-freundliche Institution sah Kerry nur mit zwei Prozentpunkten hinter Bush; CBS errechnete 49 Prozent für Bush und 42 Prozent für Kerry. Die meisten Analysten sind sich einig: Allein am Parteitag der Republikaner liegt das nicht, vielmehr trauen die Wähler Kerry in puncto nationale Sicherheit nicht allzu viel.

Auch die aktuelle State-by-State-Berechnung zeigt Präsident George W. Bush mit 257 zu 181 Stimmen weit vor Senator John Kerry. 100 Wahlmännerstimmen sind „up for grabs“, d.h. Bushs Vorsprung von 76 Stimmen wirkt zwar recht ergiebig, kann aber durch die 100 noch nicht festgelegten Wahlmänner schnell verschwinden. Die Margen sind und bleiben winzig. Allerdings: Wäre heute (Anfang Oktober) Wahltag, dann hieße der Präsident weiterhin George W. Bush.

Die aktuelle Stimmverteilung (Stand 28. September 2004):

-  Starker Vorsprung für Kerry (119)
-  Schwacher Vorsprung für Kerry (24)
-  Knapper Vorsprung für Kerry (64)
-  Bush und Kerry gleich auf (14)
-  Knapper Vorsprung für Bush (76)
-  Schwacher Vorsprung für Bush (78)
-  Starker Vorsprung Bush (163)



Nachfolgend die Daten der TV-Debatten:

**First presidential debate:**

University of Miami

Coral Gables, FL

*Donnerstag, den 30. September um 21 Uhr (Eastern Time)*

**Vice presidential debate:**

Case Western Reserve University

Cleveland, OH

*Dienstag, den 5. Oktober um 21 Uhr (Eastern Time)*

**Second presidential debate:**

Washington University in St. Louis

St. Louis, MO

*Freitag, den 8. Oktober um 21 Uhr (Eastern Time)*

**Third presidential debate:**

Arizona State University

Tempe, AZ

*Mittwoch, den 13. Oktober um 21 Uhr (Eastern Time)*

---

## **Die heiße Phase im amerikanischen Präsidentschaftswahlkampf hat begonnen – die Kandidaten konkretisieren ihre Position**

---

Nach der Republican Convention in New York und dem Ende der Sommerpause, hat nun die heiße Phase des amerikanischen Präsidentschaftswahlkampfes mit den Herbst-Kampagnen der beiden Parteien begonnen. An den ersten beiden September- Wochenenden bedeutete das für den amtierenden Präsidenten George W. Bush sowie für seinen Herausforderer John Kerry ausgedehnte Bus-Touren in die sogenannten „Swing-States“, also in jene Staaten, in welchen der Wahlausgang noch offen ist und beide Kandidaten sich noch Chancen ausrechnen.

Hierbei konzentrierten sich beide - Republikaner sowie Demokraten - auf das nord-östlich an einem der Great Lakes gelegene Ohio, welches eine hohe Arbeitslosenquote aufweist. In diesem Staat hatte Präsident Bush im Jahr 2000 die Wahl mit einen kleinen Vorsprung für sich entscheiden können.

### ***John Kerrys Fokus auf die „domestic agenda“***



Für John Kerry bietet die hohe Arbeitslosigkeit in Ohio eine Steilvorlage. Die Kampagne des demokratischen Herausforderers wird für die letzten zwei Monate nun massgeblich auf „domestic issues“, also auf innenpolitische Themen ausgerichtet werden. Die Sorge um die kleinen Leute und Arbeiter - ein klassisches Thema der Demokraten - soll in den Vordergrund gestellt werden. Die demokratische Kampagne will versuchen, „die Wähler dort zu erreichen, wo sie sind“. Hierbei geht es Kerry und seinem Team vor allem darum, den Bürgern deutlich zu machen, dass der Herausforderer von Präsident Bush sich wirklich um die lokalen Nöte und Anliegen der Bevölkerung kümmert. Sei es das Problem der Entsorgung von Atommüll in Nevada oder die hohe Arbeitslosigkeit in vielen Städten und Gemeinden in Oklahoma: Kerry gibt sich überzeugt, dass es hier anzusetzen gilt, denn: „a stronger America begins at Home“.

Tatsache ist, dass sich die amerikanischen Wähler immer noch am meisten für die Themen Arbeitsmarkt und Wirtschaft interessieren. Hieraus wollen die Demokraten Kapital schlagen, indem sie vor allem aufzuzeigen versuchen, welche Fehler der amtierende Präsident in diesen Politikfeldern in den zurückliegenden vier Jahren gemacht hat. Es wird darauf hingewiesen, dass sich die realen Einkommen in den letzten vier Jahren verkleinert haben, und dass die Steuerpolitik Bushs zu einer in den Augen vieler Menschen ungerechteren Verteilung der Steuerlast geführt hat. Die ohnehin schon wohlhabenden Bürger seien entlastet, und die breite, gering verdienende Masse, stärker belastet worden. Millionen von Arbeitnehmern seien dadurch in grundlegende Krisen

gesteuert worden, da sie nicht länger wüssten, wie sie die Rechnungen für sich und ihre Familien zahlen sollten.

Ein weiteres wichtiges Thema der Kerry-Kampagne wird die Verbesserung von MEDICARE sein. Hierbei handelt es sich um eine föderale Gesundheitsversicherung für Menschen über 65 Jahre, für Behinderte, und für Menschen mit diagnostiziertem Nierenversagen im Endstadium. Das Programm besteht aus zwei Teilen, zum einen aus einer Krankenhaus-Versicherung, und zum anderen aus einer generellen Krankenversicherung.

Kerry wirft Präsident Bush vor, dass er den Zugang zu MEDICARE schwieriger gestaltet hat, indem er für kommendes Jahr eine Erhöhung der Beiträge um 17% für ältere Menschen auf den Weg gebracht hätte. Erklärtes Ziel Kerrys ist es hingegen, die Gesundheitskosten für breite Schichten der Bevölkerung zu senken. Er will dafür ermöglichen, dass sich Kranke zukünftig billigere Medikamente in Kanada kaufen können, was ihnen bisher untersagt war. Ausserdem will er sich dafür einsetzen, dass das MEDICARE-Programm in Zukunft Medikamente in grossen, billigeren Mengen einkaufen kann, um diese dann wiederum zu günstigeren Preisen an die Verbraucher weiter zu geben.

Das Aufzeigen von gebrochenen Versprechen von Präsident Bush im innenpolitischen Bereich bei gleichzeitigem Nennen von Alternativen soll Kerry in der Wählergunst nach vorne bringen. Hierbei handelt es sich schliesslich zumeist um Themen, bei welchen die Demokraten als kompetent angesehen werden. John Kerry wird versuchen, die „domestic agenda“ zu dominieren, und seinen strategischen Nachteil in der Aussenpolitik gegenüber dem amtierenden Präsidenten auf diese Art und Weise zu kompensieren.

Es gilt festzuhalten: Auch wenn eine steigende Anzahl von US-Bürgern den Krieg gegen den Irak inzwischen kritisch in Frage stellt, ist es dem Demokraten bisher nicht gelungen, davon zu profitieren. Kerry wird als nicht glaubwürdig bei der jetzigen Ablehnung des Krieges angesehen, da er im Vorfeld durch sein zustimmendes Abstimmungsverhalten im Senat den Krieg mitunterstützt hat. Ausserdem sieht sich Kerry in der Frage des Irak-Krieges mit Vorwürfen konfrontiert, welche ihn eines inkohärenten Verhaltens gegenüber dem Irak in den letzten 13 Jahren beschuldigen. Seine Vorschläge zur Stabilisierung des Landes und zu einem möglichen Truppenabzug finden daher wenig Unterstützung.

Kerry kritisiert die Irak-Krieg-Politik des Präsidenten jedoch auch in Verbindung mit seinem verstärkten Fokus auf die Innenpolitik. Die Kosten für den Krieg seien unterschätzt worden, es sei schlecht geplant worden, und jetzt fehle dieses Geld an anderer Stelle, beispielsweise bei der Gesundheitsvorsorge oder bei der Stimulierung des Arbeitsmarktes.

Hierzu führte der demokratische Präsidentschaftskandidat an, dass im ersten Golfkrieg die Alliierten der USA 95% aller Kosten getragen hätten, wobei beim aktuellen Irak-Feldzug die USA auf Grund nicht vorhandener Partner 90% der Kosten selbst zu tragen hätten.

## **George Bush – Führungsstärke in Krisenzeiten**



Der amtierende Präsident George Bush setzt, im Gegensatz zu seinem Herausforderer, ganz auf die Außenpolitik und Fragen der Inneren Sicherheit. Die grosse und wahrscheinlich alles entscheidende Gruppe der unentschlossenen Wähler soll hauptsächlich mit einem Argument überzeugt werden: Bush sei der bessere Präsident, um die Sicherheit im Land zu gewährleisten. „*Keep the country safe*“ heisst der Slogan,

mit welchem die Republikaner in die letzten Wochen des Präsidentschaftswahlkampfes starten.

Das Team um den Präsidenten will die Aufmerksamkeit der Wähler vor allem auf die Führungsstärke Bushs in den Zeiten des Terrors lenken.

Zu diesem Zweck erwähnt Bush häufig die Terroranschläge und den danach notwendig gewordenen Krieg gegen den Terror. Die Stimmung wieder zu erreichen, welche direkt nach den Anschlägen vom 09.11.2001 im Land herrschte, ist ein Weg, die Zustimmung der Wähler zur offensiven Aussen- und Sicherheitspolitik des Präsidenten zu erhalten. Damals erfuhr der Präsident eine nahezu uneingeschränkte Unterstützung seiner Aussenpolitik aus so gut wie allen Schichten der Bevölkerung. Daher ist die Führung durch George Bush in Krisenzeiten der entscheidende Vorteil für den Kandidaten Bush in den Augen der Mehrheit der Republikaner.

Wenn es um Fragen der Wirtschaft und des Arbeitsmarktes geht, erwähnt der Präsident häufig die Terroranschläge und den anschliessenden Krieg gegen den Terror als entscheidende Hindernisse fuer ein schnelles Wiedererstarren der Wirtschaft. Bush gibt sich überzeugt, dass die Tahlsole durchschritten sei, und dass die wirtschaftliche Stärke der USA wieder zurückkehren werde. Berater der Republikanischen Partei räumen jedoch ein, dass der amtierende Präsident mehr angreifbar ist auf Gebieten wie der Wirtschaft und der Gesundheitsvorsorge und präferieren daher ebenfalls eine Konzentrierung auf Fragen der Sicherheit und des Heimatschutzes.

Präsident Bush nutzte dementsprechend auch seine Rede auf der Republican Convention dazu, sich als prinzipienfester, starker Führer zu präsentieren. Zwei grundlegende Ziele hätten seine Amtszeit bestimmt und seien auch jetzt von grösster Wichtigkeit: das Heimatland zu verteidigen und die Hoffnung und demokratische Freiheit in der Welt zu verbreiten. Die Wähler sollen den Eindruck bekommen, dass ihr amtierender Präsident ein unerbittlicher Kompass in einer unberechenbaren „Zeit des Wandels“, in einer „Welt des Wandels“ ist.

Das Team um George Bush unterstreicht hierbei den aus ihrer Sicht zu erwartenden positiven Verlauf des demokratischen Wandels im Irak als ein erstes Zeichen der Richtigkeit des prinzipienfesten Handelns ihres Präsidenten. Eine Botschaft kommunizierte Präsident Bush sehr deutlich in seiner Rede auf der Republican Convention: Bei dieser Wahl gehe es primär darum, das Land sicher zu halten!

Laut Vizepraesident Dick Cheney sei der demokratische Präsidentschaftsbewerber John Kerry ein schwacher, schwankender Kandidat in den Zeiten des Krieges, vergleiche man ihn mit dem amtierenden Präsidenten. Bush hingegen stehe für „*Frieden*“ und „*Stärke*“. Kerry hingegen sei kein starker Führer.

\* \* \*

---

## US-Experten warnen vor Wiederholung des Wahldebakels von 2000

---

***Nicht nur angesichts des Kopf-an-Kopf-Rennens der beiden Kandidaten, das auf knappe Ergebnisse in den noch unentschlossenen Bundesstaaten schliessen lässt, mehren sich die Befürchtungen, dass sich das Wahldebakel von 2000 bei den Präsidentschaftswahlen im November wiederholen könnte: Trotz Bemühungen aus Washington zur Verbesserung der uneinheitlichen und oftmals veralteten Stimmabgabe- und Registrierungssysteme hat sich die Situation nicht wesentlich gebessert. Auch die Gesetzeslage für Neuauszählungen bleibt in vielen Bundesstaaten unklar, warnen Experten und Wahlkampfshelfer.***

### Die Odysee der US-Präsidentschaftswahl 2000

Auf Grund des sehr knappen Erstergebnisses im entscheidenden Bundesstaat Florida begannen hier auf Drängen der unterlegenen Demokraten Neuauszählungen der Stimmen, die sich angesichts von Zweifeln an der technischen Verlässlichkeit der Stimmabgabesysteme und der Praxis fuer die Registrierung von Wahlberechtigten sowie regional unterschiedlichen gesetzlichen Voraussetzungen fuer Neuauszählungen bei einem knappen Wahlausgang in den verschiedenen Verwaltungsbezirken über einen Monat hinzogen. Erst nach einer Entscheidung des obersten Bundesgerichtshof wurde die Wahl schließlich für beendet erklärt, nachdem auf Grund fehlender einheitlicher rechtlicher Bestimmungen mehrere regionale Gerichte zu unterschiedlichen Urteilen gekommen waren: Das endgültige Ergebnis in dem Bundesstaat mit etwa sechs Millionen Wahlberechtigten, das somit schliesslich für die gesamte Präsidentschaftswahl entscheidend wurde, sah dabei George W. Bush mit nur 537 Stimmen vor seinem Gegner Al Gore.

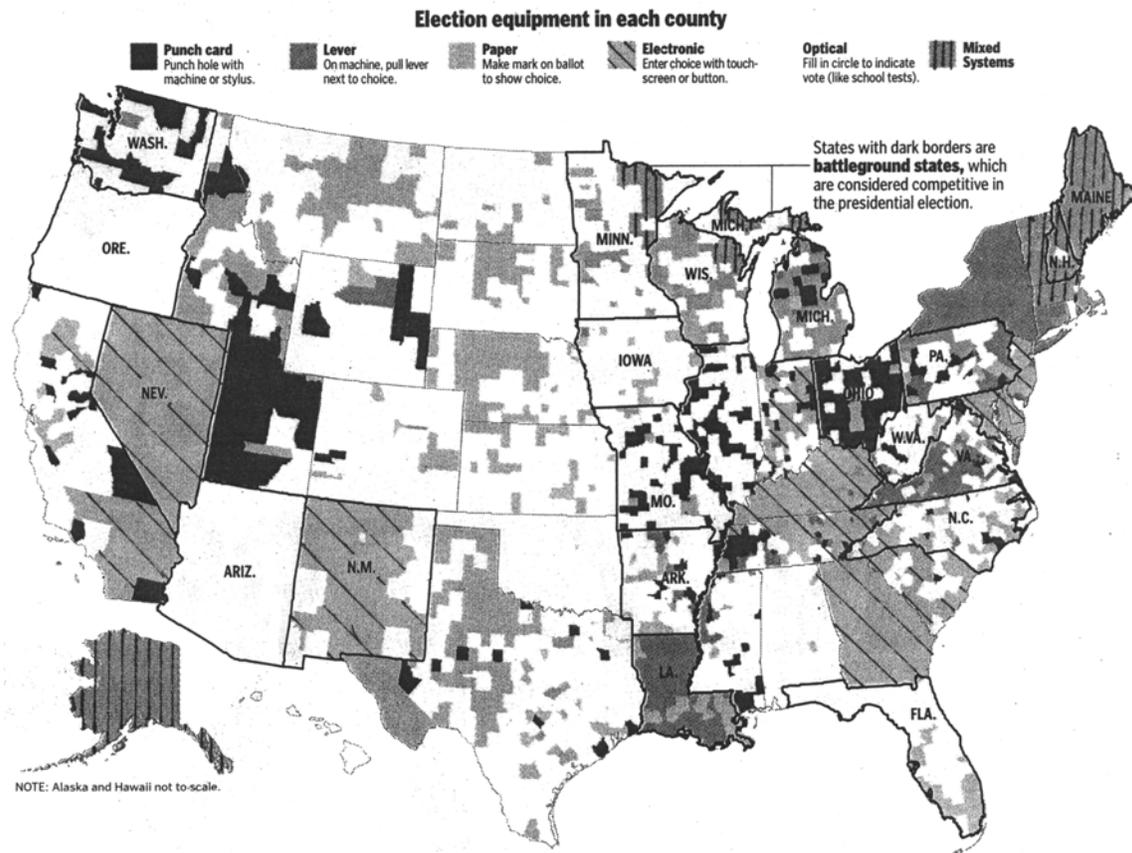
Mit Schrecken denken viele US-Amerikaner an die Odysee der Präsidentschaftswahl im Jahr 2000 zurück, die nicht nur viele Bürger im eigenen Land stark verunsicherte, sondern auch das Ansehen der amerikanischen Demokratie weltweit peinlich erschütterte: Erst nach einem Marathon von Neuauszählungen und richterlichen Urteilen war es möglich, ein offizielles Wahlergebnis festzustellen. Vielen Menschen erschien die Wahl dabei schliesslich mehr als ein juristischer Machtkampf zwischen den beiden Parteiliten als ein demokratischer Wettstreit.

Wenn die Amerikaner nun im November zu den Wahlen gehen, um den Präsidenten der USA zu be-

stimmen, könnte sich das Desaster von 2000 wiederholen: Sollte es wieder zu entsprechend knappen Ergebnissen in einem oder mehreren umkämpften Bundesstaaten und damit zu Neuauszählungen kommen, sagen viele Experten und Wahlkampfshelfer wie der Direktor des Wahlbüros im Bundesstaat New Mexiko, Denise Lamb ein erneutes Chaos voraus: „In vielen der Wahlbezirke hat sich bisher nichts an der technischen und rechtlichen Lage geändert.“

Dabei hatte sich Washington schon frühzeitig um eine Verbesserung des stark nach föderalen Prinzipien organisierten Wahlsystems bemüht, um das Risiko eines erneuten „*election meltdowns*“ deutlich zu reduzieren: Mit dem 2002 vom amerikanischen Kongress verabschiedeten *Help America Vote Act* sollten die

Bundesstaaten nicht nur bei der Anschaffung von neuen, zuverlässigeren Stimmabgabensystemen finanziell unterstützt werden. Ziel des Gesetzes war es zudem, die Bedingungen der in den USA notwendigen Registrierung zu den Wahlen auf eine gemeinsame Basis zu stellen, fehlerhaft zurückgewiesenen Wahlberechtigten die Chance zu einer „provisorischen Stimmabgabe“ zu geben und verlässlichere gesetzliche Bedingungen fuer die Durchführung von Neuauszählungen, im Falle eines knappen Wahlergebnisses zu schaffen.



*Besonders in den noch unentschiedenen „battleground states“ koennte die veraltete Ausstattung und uneinheitliche Rechtslage zum Problem werden*

Das Gesetz scheint dabei zwar grundsätzlich richtige Anreize zur Reform des zersplitterten amerikanischen Wahlsystems zu setzen, wie die Modernisierung und Vereinheitlichung der Wahlbedingungen in einigen Bundesstaaten wie Nevada zeigt, wo bei den Vorwahlen zum ersten Mal landesweit ein elektronisches Registrierungssystem - ähnlich einem Bankautomaten - zur Stimmabgabe erfolgreich genutzt werden konnte.

Im amerikanischen Durchschnitt scheint die Initiative aus Washington in vielen Regionen allerdings nicht nur schlicht zu spät zu kommen, um vor den Wahlen im November noch die Weichen fuer notwendige Veraenderungen zu stellen: Mangelndes Engagement bei der Umsetzung des Gesetzes bewiesen eben genau die meisten jener *swing states*, in denen die Demoskopie den Kandidaten Bush und Kerry ein knappes Duel voraussagt und Wiederholungen der

Auszählungen à la 2000, mit entsprechenden Konsequenzen, nicht unwahrscheinlich sind.

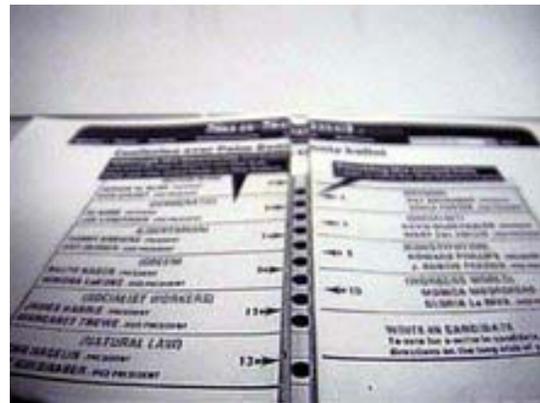
Dass nicht nur Wissenschaftler und Wahlhelfer die Situation in diesem Sinne bewerten, zeigen auch die frühzeitigen Vorbereitungen der beiden grossen Parteien auf ein „zweites Florida“: Sowohl Demokraten wie Republikaner benannten in den vergangenen Monaten schon vorsorglich Experten, die teilweise auch bei den letzten Wahlen fuer die juristische und politische Auseinandersetzung um die Neuauszählungen verantwortlich waren.

Politikexperten wie Noram J. Ornstein vom American Enterprise Institute sehen daher die Chancen für eine Wiederholung des Wahldebakels auch angesichts der Strategien beider Kandidaten als hoch an: „Sollten die Wahlen knapp ausgehen, wird es eine ganze Reihe von Gründen fuer den Verlierer geben, die ganze Sache anzuzweifeln.“

### - Technische Probleme -

Eines der Hauptanliegen des *Help America Vote Act* war dabei vor allem die Schaffung angemessener technischer Voraussetzungen fuer eine zuverlaessliche Registrierung der Wahlstimmen, die in der Vergangenheit immer wieder fuer Zweifel am System sorgte:

Im Mittelpunkt der Kritik standen dabei besonders jene Wahlbezirke mit *Punch cards*, jenen Lochkartensystemen, die bei den Wahlen in Florida 2000 für die grössten Verwirrungen gesorgt hatten.



Florida 2000: Die Demokraten kritisierten, dass durch eine unklare Zuordnung von Namen und zu stanzenden Loechern auf den Punch Cards tausende Stimmen an andere Kandidaten gegangen seien.

Zwar zeigt das Gesetz, das finanzielle Unterstützung fuer die Einführung zuverlässiger Stimmabgabesysteme zusagt, insgesamt erste Wirkungen, indem bundesweit nur noch halb so viele Menschen mit dem oftmals fehlerhaft arbeitenden System abstimmen werden wie vor vier Jahren und sich andererseits die Zahl voll elektronischer Systeme verdoppelte. Da eine Frist für die bundesweite Abschaffung der veralteten Systeme aber nicht vor 2006 durchgesetzt werden konnte, bemühten sich viele Staaten nicht um eine rasche Umsetzung vor der Präsidentschaftswahl. Im Bundesstaat Ohio, der als einer der entscheidenden *battlegrounds* fuer die Wahlkampfstrategen beider Parteien gilt, zeigt sich dabei das Problem am deutlichsten: Hier, wo die Chancen auf knappe Wahlergebnisse und eine juristische Auseinandersetzung um die technischen Aspekte der Stimmabgabe gross sind, werden immer noch mehr als zwei Drittel der Bürger mit Lochkarten abstimmen. Als teilweise noch riskanter beurteilen Experten die Situation in Teilen Louisianas und Pennsylvanias, wo mehr als die

Hälfte der Stimmberechtigten mechanische Hebelsysteme benutzen - ein Relikt aus Nachkriegszeiten, welches für seine hohen Ausfallraten bekannt ist.

Die schleppende Erneuerung der technischen Ausstattung ist dabei nicht nur auf die mangelnde Initiative vieler Bundesstaaten zurückzuführen. Während etwa fünfzig Millionen Wähler im November ihre Stimmen schon voll elektronisch abgeben werden, scheuen sich viele Staaten noch vor der Einführung entsprechender Systeme, die zwar als weniger anfällig für Ausfälle gelten, dafür aber als nicht sicher genug gegenüber gezieltem Wahlbetrug eingeschätzt werden.

So hackte sich ein privater Sicherheitsdienst im Auftrag Marylands vor kurzem, unter grossem Interesse der Medien, in das elektronische Wahlsystem des Bundesstaates ein, während der Bankautomaten-Hersteller Diebold feststellen musste, dass sich seine Mitarbeiter relativ einfach durch die Eingabe des Codes 1111 in das System jeder Wahlstation einloggen konnten.

Lediglich das in den Vorwahlen erstmals angewandte System Nevadas wurde von Experten als befriedigend eingestuft, da es neben der elektronischen Registrierung jede Stimmabgabe durch einen – im Notfall per Hand oder Maschine nachprüfbar – Ausdruck festhält.

#### **- Nachzählungen -**

Doch nicht nur die technische Lage bleibt problematisch: Viele der amerikanischen Bundesstaaten verfügen über keine einheitlichen Voraussetzungen für die Einleitung von Neuauszählungen im Falle eines knappen Wahlausgangs. Wie in Florida vor vier Jahren mussten so im Bundesstaat Pennsylvania 67 Amtsgerichte unabhängig voneinander über Umfang und Dauer einer solchen Überprüfung entscheiden. Zwar scheint sich der dortige Gouverneur Edward G. Rendell noch um eine schnelle Vereinheitlichung vor der Wahl zu bemühen, sollte dies aber nicht gelingen, droht, im Falle eines knappen Wahlausgangs, wiederum der Eingriff durch das Bundesgericht.

#### **- Registrierung -**

Als ein teilweise noch grösseres Problem sehen Experten den Prozess der Registrierung für die Wahlen selbst an, den das amerikanische Wahlrecht im Gegensatz zu den meisten europäischen Ländern vorschreibt: Die Registrierung dient dabei nicht nur einer frühzeitigen Überprüfung des Wahlrechts. In der Vergangenheit wurde sie auch schon dazu genutzt, bestimmte Gruppen wie Vorbestrafte, von der Wahl auszuschliessen.

Zwar sind Probleme im Registrierungsverfahren grundsätzlich nichts Neues, wie eine Studie zu den Wahlen 2000 verdeutlichte, bei denen mehr als die Hälfte der vier bis sechs Millionen bundesweit nicht gezählten Stimmen auf Probleme bei der Registrierung zurückgeführt wurden. Experten wie Kay J. Maxwell, Vorsitzende der League of Womens Voters, halten die ungelösten Probleme des

Verfahrens aber angesichts der juristischen Geschuetze beider grosser Parteien für das *sleeper issue* der kommenden Präsidentschaftswahlen.

Die Anknüpfungspunkte für juristische Schritte gegen die wiederum regional meist individuell gestalteten Registrierungsverfahren könnte es dabei zur Genüge geben: Zwar haben Staaten wie Minnesota und Pennsylvania gerade neue computerbasierte Systeme zur Registrierung angeschafft. Schon bei einem Testlauf wurden aber vereinzelt Wahlberechtigte von den Wahllisten ausgeschlossen, da ihre angegebenen Daten nicht exakt mit denen des Einwohnermeldeamtes übereinstimmten. „Wir können auch nicht vorhersagen, wie das System reagiert, wenn sich eine überdurchschnittlich hohe Zahl von Wählern erst am Wahltag selbst registriert“ gesteht der Wahlbeauftragte von Ramsey County, Joe Mansky.



### - Identifizierung -

Ähnliche Probleme könnten hinsichtlich der Identifizierung von Wahlberechtigten bei der Registrierung und am Wahltag selbst entstehen: Da Bürger in der Vereingten Staaten über keinen Passersatz, ähnlich des deutschen Personalausweises, verfügen, erscheint die Nachweispflicht vielen, besonders demokratisch geprägten Staaten, als problematisch, da viele ärmere Wähler nicht über einen Führerschein als einzig möglichen Ersatzausweis verfügen und somit durch ein aufwendigeres Identifizierungsverfahren diskriminiert würden.

Zumindest wurde die generelle Mindestanforderung fuer alle Erstwähler eingeführt, sich entweder im Rahmen der Registrierung oder der Stimmabgabe ausweisen zu müssen. Darüber hinaus gehende Regelungen wurden aber den Staaten selbst überlassen, sodass auch hier eine verwirrende Vielfalt von Prozeduren besteht, die nur in wenigen Staaten bis zur Kontrolle aller Wähler bei der Stimmabgabe reicht.

- „**Provisorische Stimmabgabe**“ –

Eine der wesentlichen Reforminitiativen des *Help America Vote Act* bestand, angesichts der vielfachen Probleme bei der Registrierung, in der Einführung der provisorischen Stimmabgabe: Wahlberechtigte, die bisher auf Grund eines fehlenden Eintrags in den Wählerverzeichnissen, deren Ursachen oftmals eher auf Seiten der lokalen Verwaltungen als bei den Wahlberechtigten selbst zu suchen waren, ausgeschlossen blieben, sollten nun ihre vorläufige Stimme abgeben können.

Experten beurteilen die Ziele der Initiative grundsätzlich als eine der wichtigsten Wahlrechtsreformen in den USA in diesem Jahrhundert, aber auch hier bahnen sich erste Probleme in der Realisierbarkeit an, da das Wahlrecht in vielen Bundesstaaten nur eine kurze Frist von wenigen Tagen für Nachzählungen vorsieht, in der die oftmals aufwendigere Überprüfung der provisorischen Stimmen nicht geleistet werden kann, die aber in einigen Wahlbezirken durch systematische Fehler durchaus einen beträchtlichen Anteil aller abgegebenen Stimmen ausmachen könnten.

Für Wahlkampfshelfer und Wissenschaftler bleibt, angesichts der technisch und rechtlich konfusen Lage und einer Wahlkampfstrategie der Parteien, die durchaus nicht vor systematischem Einsatz des Rechtsweges zurückschreckt, somit nur eines zu hoffen, wie Ion Sancho, Wahlbezirksleiter fuer Leon Country zusammenfasst: „Gott helfe uns, dass die Wahlen nicht wieder so knapp ausgehen!“

\* \* \*

---

*Neue Studie:*  
**Europäer und Amerikaner weiterhin gespalten  
ueber transatlantisches Verhältnis**

---

***Eine neue Umfrage des German Marshall Fund, durchgeführt in Europa und den USA, unterstreicht, dass die Wahrnehmungen über den Zustand des transatlantischen Verhältnisses weiterhin auseinanderdriften: Während sich die Ablehnung der amerikanischen Führungsrolle bei den Europäern verfestigt und eine überwiegende Mehrheit der Deutschen eine „Supermacht EU“ befürworten, zeigt sich auf amerikanischer Seite eine deutliche Polarisierung in den Meinungen zwischen Anhängern der Republikaner und Demokraten. Amerikanische Journalisten warnen indes vor den Auswirkungen eines weltweiten Vertrauensverlustes gegenüber den Vereinigten Staaten.***

Das Phänomen an sich ist nichts Neues: Sei es der Vietnam-Krieg oder die Stationierung von Pershing Missiles in den achtziger Jahren. Wann immer die Amerikaner in den letzten Jahrzehnten zu härteren militärischen Mitteln gegriffen haben, sanken die Sympathiewerte für die Supermacht in Europa, kam es zu massenhaften Protesten gegen die amerikanische Aussenpolitik. Und doch scheinen sich mit der Auseinandersetzung um den Irak-Krieg die Sichtweisen von Europäern und Amerikanern langfristig in ihrer Qualität zu verändern und reflektieren damit schliesslich auch die neuen Realitäten des Weltsystems nach dem Ende des Kalten Krieges, wie viele Experten vermuten.

Diesen Trend bestätigt auch eine kürzlich in Berlin vorgestellte Studie unter dem Titel „Transatlantic Trends 2004“, für die im Auftrag des German Marshall Fund in zehn europäischen Ländern und den USA rund 11.000 Personen nach ihren Ansichten zur internationalen Politik und zum transatlantischen Verhältnis befragt wurden.

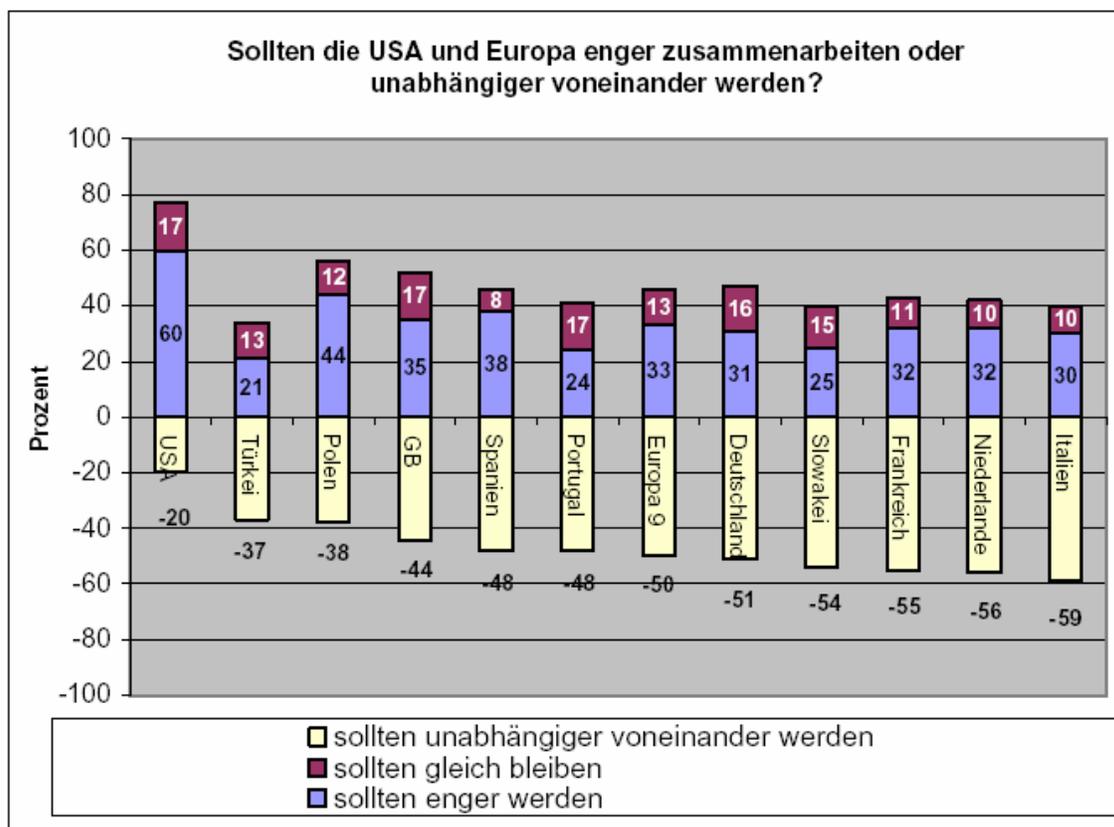


Proteste gegen den Irak-Krieg

Bei der Untersuchung zeigte sich besonders, dass die globale Rolle der USA in Europa zunehmend kritischer gesehen wird: So bewerten 58% eine amerikanische Führungsrolle in der Welt negativ, während nur 9 Prozent der Europäer die USA als einzige Supermacht befürworten.

Eine überwiegende Mehrheit von 71 Prozent ist zudem der Meinung, dass die EU, neben den USA, zu einer weiteren „Supermacht“ werden sollte. 73 Prozent der Deutschen und sogar 83 Prozent der Franzosen waren dieser Ansicht. Immerhin auch 41 Prozent der US-Amerikaner denken so. Befragt nach den Bedingungen für eine erstarkte EU, gingen die Meinungen allerdings wieder auseinander: Zwar befürworteten 63 Prozent der Europäer (53 Prozent der Deutschen) ein grundsätzlich ein militärisch stärkeres Europa, das seine Interessen unabhängig von den USA wahren sollte. Nur 48 Prozent der Europäer (und 37 Prozent der Deutschen) wären allerdings bereit, dafür auch die Militärhaushalte aufzustocken.

Als besonderer Brennpunkt erwies sich die Bewertung der amerikanischen Aussenpolitik: Hier zeigten sich die grössten Unterschiede in der Bewertung der Politik der Regierung Bush, die 76 Prozent der Europäer völlig oder teilweise ablehnten, während in den USA noch immer eine knappe Mehrheit grundsätzlich mit der Vorgehensweise des Präsidenten einverstanden ist – allerdings mit deutlichen Unterschieden zwischen den Sympathisanten der Republikaner (85 Prozent) und der Demokraten (19 Prozent).



Bei der Bewertung des Irak-Krieges meinen immerhin 50 Prozent der US-Amerikaner gegenüber 80 Prozent der Europäer (und 89 Prozent der Deutschen), dass der Krieg die Opfer an Menschenleben nicht wert sei. Aber auch hier zeigen sich wiederum die deutlichen Unterschiede innerhalb der

amerikanischen Gesellschaft: 77 Prozent der Republikaner halten den Krieg für richtig, 80 Prozent der Demokraten halten ihn für falsch. Weitgehend einig sind sich die Menschen auf beiden Seiten des Atlantiks schliesslich darin, dass der Krieg im wesentlichen nicht als Erfolg gegen den Terrorismus angesehen werden kann, wie 26 Prozent der US-Amerikaner und fünf Prozent der Europäer meinen.

Die unterschiedliche Wahrnehmung des Krieges resultiert dabei sicherlich aus den grundlegend unterschiedlichen Einstellungen zur Rolle des Militärischen als „bestem Mittel der Friedenssicherung“, die Supermacht (54 Prozent) und Europäer (34 Prozent) wie besonders Deutsche (27 Prozent) deutlich unterscheidet sowie aus der Angst vor einem Terroranschlag mit Massenvernichtungswaffen: 75 Prozent der US-Amerikaner, aber nur 53 der Europäer (Deutschland: 37 Prozent) fühlen sich davon extrem bedroht.

Insgesamt bestätigen die Ergebnisse dieser - mit Unterstützung der italienischen Stiftung Compagnia di San Paolo, Turin - durchgeführten Studie eine zumindest mittelfristige Verfestigung der Spaltung zwischen der europäischen und amerikanischen Öffentlichkeit und damit eine tiefgreifende Veränderung der Qualität der transatlantischen Beziehungen, wie Craig Kennedy, Präsident des German Marshall Fund, bei der Vorstellung der Ergebnisse betonte: ‚Sollte sich diese Tendenz fortsetzen, könnte es notwendig sein, die Grundlagen des transatlantischen Verhältnisses neu zu definieren, und zwar nicht mehr wie bisher als Partnerschaft erster Wahl, sondern als optionale Allianz bei beiderseitigem Bedarf‘.

Auch in den Vereinigten Staaten selbst wird der andauernde Stimmungswandel in Europa und anderen Teilen der Welt von vielen – allerdings oftmals eher demokratisch orientierten – Journalisten, Politikern und Experten mit Sorge betrachtet: Zwar seien die USA nicht nur durch ihre militärische, sondern auch ökonomische Ueberlegenheit gegenüber allen anderen Weltregionen scheinbar nach dem Ende des Ost-West-Konflikts nicht mehr auf dauerhafte Verbündete angewiesen. „Wir dürfen aber nicht vergessen, dass Amerikas Erfolg in den letzten 60 Jahren nicht aus seiner Stärke allein, sondern vor allem aus der Überzeugung weiter Teile der Welt resultierte, dass diese Stärke eine gewisse Legitimität besitzt.“, warnt Fareed Zakaria, eine der führenden amerikanischen Kommentatoren und Aussenpolitik-Experte des Magazins *Newsweek*.

Der German Marshall Fund, Hauptinitiator der seit 2002 jährlich erscheinenden Studie, wurde 1972 mit deutschen Geldern als Dank für die Unterstützung durch den Marshall-Plan nach dem Zweiten Weltkrieg gegründet und fördert den transatlantischen Austausch mit Konferenzen, Besuchs- und Studienprogramm sowie der Finanzierung wissenschaftlicher Projekte.

\* \* \*